

8. Wahlalter 16? »Nichts ist aktivierender als die Aktivität selbst«

D&E-INTERVIEW MIT PROF. DR. KLAUS HURRELMANN ZUM »WAHLALTER MIT 16«

Klaus Hurrelmann ist seit 1979 Professor an der Universität Bielefeld. Seit seiner Emeritierung arbeitet er als Senior Professor of Public Health and Education an der Hertie School of Governance in Berlin. Er studierte Soziologie, Psychologie und Pädagogik an den Universitäten Freiburg, Berkeley (USA) und Münster und promovierte in der Sozialisationsforschung. 1975 habilitierte er mit der Arbeit »Erziehungssystem und Gesellschaft«. 2003 erhielt er von der Schweizer Egnér-Stiftung einen hoch dotierten Preis für herausragende wissenschaftliche Forschungsarbeiten. Seine wichtigsten Arbeitsgebiete sind die Sozialisations- und Bildungsforschung mit den Schwerpunkten Familie, Kindheit, Jugend und Schule sowie die Gesundheits- und Präventionsforschung. In diesen Gebieten hat er eine Vielzahl von Aufsätzen und Büchern publiziert und herausgegeben, zuletzt das »Handbuch der Sozialisationsforschung« und das »Handbuch Gesundheitswissenschaften«. Zusammen mit seinen Lehrbüchern »Einführung in die Sozialisationstheorie«, »Gesundheitssoziologie«, »Lebensphase Jugend«, »Einführung in die Kindheitsforschung«, »Kinder stark machen für das Leben«, »Prävention und Gesundheitsförderung«, »Geschlecht, Gesundheit und Krankheit« und »Gewalt an Schulen« haben sie zusammen eine Auflage von 150.000 Exemplaren weit überschritten. Klaus Hurrelmann leitete zudem die letzten »Shell Jugendstudien« und »World Vision Kinderstudien«. Das Interview mit ihm führte Jürgen Kalb, verantwortlicher Redakteur von »D&E«, am 20.2.2013.

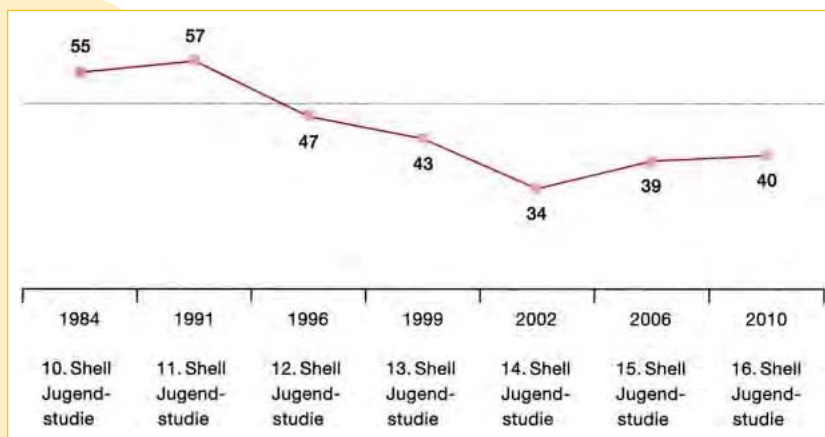


Abb. 1 »Zeitreihe: Politisches Interesse Jugendlicher im Alter von 15 bis 24 Jahren«, Angaben in %
© 16. Shellstudie, 2010, S. 131, TN Infratest Sozialforschung

Das ist für mich das Hauptargument und auch das Hauptmotiv zu überlegen, ob das Alter »18« heute noch angemessen ist. Außerdem ist es ein Alter, das im historischen Rückblick schon mehrfach nach unten korrigiert wurde.

»Man wird heute früher zu einem jungen Mann und zu einer jungen Frau.«

D&E: Herr Prof. Hurrelmann, Sie treten seit Jahren für die Herabsetzung des Wahlalters für Jugendliche auf 16 ein, auch mit dem Argument, die Lebenssituation der Jugendlichen habe sich verändert. Hat sich in den letzten Jahrzehnten denn tatsächlich die Lebenssituation der Jugendlichen gravierend verändert?

Hurrelmann: Das ist so, weil sich nämlich die Entwicklung beschleunigt hat. Man kann das am anschaulichsten sehen am Datum der Pubertät, d. h. der Geschlechtsreife. Das wandert im Lebenslauf immer weiter nach vorne. Bei den Mädchen ist das heute im Durchschnitt etwa mit 11 ½ Jahren anzusetzen, bei den Jungen mit 12 ½ Jahren.

Und da merkt man Unterschiede im historischen Vergleich. Das war um 1900 rund 2 ½, ja manche Untersuchungen sagen sogar 3 Jahre später. Und das war wahrscheinlich um 1800 noch einmal zwei oder drei Jahre später. Also da ist eine Beschleunigung der Entwicklung zu verzeichnen, die zunächst körperliche Dimensionen hat, aber sie bleibt ein komplexes Geschehen. Das bedeutet, es ist nicht nur eine körperliche Vorverlagerung, nicht nur die Geschlechtsreife, sondern wie immer schon ist sie verbunden mit einer Bewusstseinsveränderung, einer sozialen Einschätzungsveränderung, einer intellektuellen Entwicklung, die insgesamt bedeutet, man wird heute früher zu einem jungen Mann und zu einer jungen Frau. Und entsprechend dürfen wir das als das entscheidende Kriterium heranziehen, wenn wir dann überlegen, welche Kompetenzen wir Jugendlichen in dieser Altersspanne zusprechen können und welche Rechte sich daraus ableiten sollten.

D&E: Können Sie mit Ihren Studien belegen, dass sich Jugendliche von 16–17 Jahren ausgegrenzt fühlen, wenn sie noch nicht das aktive Wahlrecht besitzen?

Hurrelmann: Das ist nach Ansicht der Jugendlichen selbst nicht der Fall. Wir machen seit 1996 regelmäßig Untersuchungen und Befragungen von Jugendlichen in dieser Altersgruppe, wie sie selbst zu dieser Entwicklung stehen. Und da zeigen z. B. die letzten Shell-Jugendstudien, dass die 12- bis 17-Jährigen selbst zurückhaltend sind. Da ist eine knappe Mehrheit sogar dagegen, dass sie so früh, wie sie meinen, in eine sehr anspruchsvolle politische Verantwortung gezogen werden.

Wir fragen dann nach und dann stellt sich heraus, die haben wirklich ein unheimlich komplexes Bild davon, was es bedeutet, das Wahlrecht auszuüben. Sie glauben, sie müssten die Wahlprogramme der Parteien kennen, sie genau zu unterscheiden vermögen. Sie haben den Eindruck, sie müssten die Wahlmechanismen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene genau kennen, dass sie wissen müssten, wie komplexe politische Prozesse funktionieren. Und das sei ihnen doch alles sehr, sehr fremd, ebenso wie die Parteien selbst, wie die Studien zeigen.

Also ich denke, der Grund für die Zurückhaltung der Jugendlichen selbst liegt darin, dass sie sich dem politischen System gegenüber ziemlich entfremdet haben. Und das kann man nicht ihnen allein zuschreiben, sondern das liegt auch am politischen System. Sodass ich, obwohl ich ansonsten sehr auf die Stimmen der jungen Leute selbst höre, sonst bräuchten wir solche Untersuchungen

gen nicht zu machen, in diesem Fall mit der Minderheit, also der etwa 30 % der Jugendlichen, dafür plädiere, dass sie dieses Wahlrecht ab 16 eingeräumt bekommen.

D&E: Bedeutet das, dass Sie die Herabsetzung des Wahlalters als stärkere Motivation für die Bereitschaft der Jugendlichen betrachten, sich an der politischen Meinungs- und Willensbildung zu beteiligen?

Hurrelmann: Ja, so dürfen wir das einschätzen. Denn nichts ist natürlich aktivierender als die Aktivität selbst. Wir haben das zuletzt sehr anschaulich gesehen bei der Bremer Bürgerschaftswahl. Da war zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung ein ganz interessantes Programm angesetzt worden, nämlich dass in den Schulen über die sogenannte »Juniorwahl«, manchmal auch »U-18-Wahl« genannt, schon vom Grundschulalter an, in den weiterführenden Schulen dann ganz systematisch »Wahlkampf« gemacht wurde. Da kamen die Kandidatinnen und Kandidaten in die Schulen. Und man durfte wählen, auch wenn man noch nicht das Wahlrecht hatte. Und für die, die dann das erste Mal mit 16 an der Wahl teilnehmen durften in Bremen, gab es dann besondere, systematische, spannend aufgebaute Unterrichtseinheiten. Und da konnte man jetzt sehen, dass die Bedenken der Jugendlichen selbst, dass sie überfordert sein könnten durch das früher eingeräumte Wahlrecht, plötzlich wie zerstoßen waren. Da war die Wahlbeteiligung der jungen Leute auch ungeheuer hoch. Und auch nach der Wahl, soweit man das aus den Untersuchungen in Bremen ablesen konnte, blieb das auf einem hohen Beteiligungs- und Interessenniveau. Das ist also eine wirklich wichtige Botschaft, dass durch das Beteiligen an einem Wahlvorgang und dann natürlich erst recht, wenn man ein förmliches Wahlrecht

Spalten in %	2002		2006		2010	
	Unter 18	Ab 18	Unter 18	Ab 18	Unter 18	Ab 18
Wählen mit 16						
Gute Idee	29	20	33	19	30	17
Keine gute Idee	34	54	37	63	45	65
Ist mir egal	36	25	30	18	24	18
Keine Angabe	1	1	–	–	1	–

Abb. 3 »Wählen mit 16?« Befragt wurden Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren, Angaben in %
© 16. Shellstudie, 2010, S. 146, TN Infratest Sozialforschung

und einen Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments hat, dass dadurch auch ein richtiger Aktivitätsschub entsteht.

»Die jungen Leute kritisieren, dass sich die etablierten Parteien einigeln.«

D&E: Und trotzdem behaupten Kritiker dieser Wahlrechtsreform immer wieder, dass gerade Jugendliche in der heutigen Zeit ganz besonders durch Medien und die Konsumgesellschaft geprägt, ja dadurch beeinflussbar, wenn nicht manipulierbar seien. Zu einer sachlichen politischen Urteilsbildung seien sie unter 18 Jahren kaum in der Lage.

Hurrelmann: In dieser Form ist das ein Vorurteil. Es ist zwar richtig, dass die jungen Leute den etablierten Parteien gegenüber zurückhaltend sind. Einige Zeit sah es dann so aus, als mache die Partei der »Piraten« hier eine deutliche Ausnahme. Aber auch das schwächt sich schon wieder deutlich ab.

Die jungen Leute kritisieren, dass sich die etablierten Parteien einigeln, dass sie ihre Themen nicht transportieren, dass sie Ihnen so apparthaft erscheinen, als in sich geschlossene, funktionierende Systeme, die sie nicht von außen beeinflussen können. Sie wünschen sich also vielmehr Transparenz und viel mehr direkte Einflussmöglichkeiten. Man kann erkennen, dass gegenüber den etablierten Parteien eine Skepsis besteht. Aber zugleich kann man erkennen, dass sich junge Leute spontan politisch so stark betätigen, wie sie das schon vor 20 Jahren getan haben. Dies bedeutet z. B. an einer Demonstration teilnehmen, Unterschriftensammlungen machen, neuerdings auch immer stärker über das Internet an Aktivitäten teilnehmen, sich im sozialen Bereich engagieren. Das ist auf einem hohen Niveau geblieben. Und wenn wir das beides zusammenrechnen, dann ist das abgesunkene Interesse an der, ich sage mal, »formalen Demokratie«, bei gleichgebliebenem Interesse an der lebendigen, alltäglichen Demokratie und Politik, dann ist der Einbruch nicht so stark. Und es stimmt insgesamt nicht, dass die jungen Leute unpolitisch sind. Und es stimmt nicht, dass sie neben ihrer eindeutig genussvollen Umgangsform mit Medien und mit Freizeitaktivitäten – das gehört zu ihrem Lebensstil – nicht auch noch den Kopf frei haben für diesen politischen Bereich. Aber wie gesagt, schmal wird das Interesse im formalen politi-

%Angaben (Erhebungsjahr/Zeile) Fehlende zu 100 = Nie	2002		2006		2010	
	Oft	Gelegentlich	Oft	Gelegentlich	Oft	Gelegentlich
Ich bin aktiv für						
Eine sinnvolle Freizeitgestaltung von Jugendlichen	13	35	13	31	15	33
Die Interessen von Jugendlichen	12	38	10	36	13	38
Hilfebedürftige ältere Menschen	8	35	8	34	10	37
Den Umwelt- oder Tierschutz	8	29	7	24	8	28
Ein besseres Zusammenleben mit Migranten	8	25	6	22	8	25
Ein besseres Zusammenleben am Wohnort	6	23	6	18	6	22
Sicherheit und Ordnung am Wohnort	6	20	6	16	6	20
Behinderte Menschen	6	16	5	13	5	18
Sozial schwache Menschen	5	29	5	29	7	32
Menschen in den armen Ländern	4	24	4	24	6	27
Die Pflege der deutschen Kultur und Tradition	4	17	3	15	6	17
Soziale und politische Veränderungen	2	15	2	14	3	17
Sonstiges	5	25	7	24	7	25

Abb. 2 »Aktivitäten nach Bereichen«, Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren, Angaben in %
© 16. Shellstudie, 2010, S. 153, TN Infratest Sozialforschung

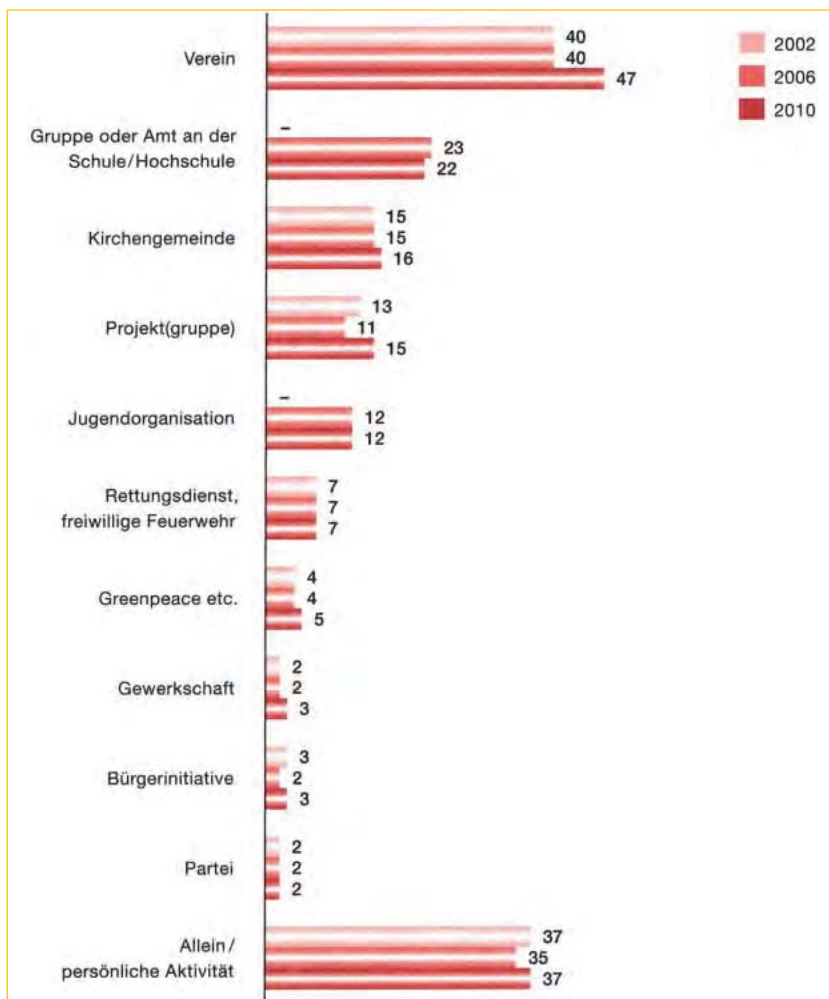


Abb. 4 »Wie und wo man (oft oder gelegentlich) gesellschaftlich aktiv ist, Jugendliche von 12–25 Jahren, Angaben in % © 16. Shellstudie, 2010, S. 156, TN Infratest Sozialforschung

schen Sektor. Und wer da immer nur auf die jungen Leute schaut und sagt, die hätten kein politisches Interesse, der macht den Fehler zu übersehen, dass das ja beiderseitig ist, dass die Parteien ihrerseits sehr wenig Themen und Stil finden, um junge Leute anzusprechen. Und insofern, denke ich, müssen wir hier aufpassen, das ist ein grundsätzliches politisches Thema.

D&E: Welche jugendaffine Themen ergeben denn Ihre Untersuchungen, die Jugendliche von sich aus, und nicht nur durch Politiker bedient, bevorzugen?

Hurrelmann: Das ist natürlich sehr interessant. Hier liegen seit vielen Jahren ganz klare Untersuchungsergebnisse vor. Die jungen Leute interessieren sich für die großen Fragen. In den letzten 10 Jahren standen deutlich wirtschaftliche Themen und berufliche Perspektiven im Vordergrund. Es geht ihnen um eine sichere Zukunft. Wenn sie die freie Wahl hätten, würden sie sich wünschen, wenigstens die Garantie zu haben, eine abgeschlossene Ausbildung zu bekommen und vielleicht auch für eine bestimmte Zeit den ersten Schritt in einem Beruf machen zu können. Es stehen bei ihnen dann an zweiter Stelle – das war bis vor zehn Jahren an erster Stelle und es bewegt sich auch wieder in diese Richtung – Umweltthemen, eine sichere, klimatisch intakte Welt, saubere Bedingungen für Essen und Trinken. Der Wunsch nach internationaler Abstimmungen spielt zudem eine große Rolle. Und das dritte große Thema sind internationale Konflikte, sind internationale Spannungen, also die Sicherung des Friedens. Das sind die drei großen Themenkomplexe, die junge Leute beschäftigen und danach kommen die etwas kleineren, alltäglicheren Probleme, von denen man denkt, diese würde ganz im Vordergrund

stehen. Also z. B., wie sieht das Bildungssystem aus, wie gut sind die Schulen, wie sieht es mit guten Freizeitangeboten aus. Man kann auch hieraus erkennen, dass wir eine durchaus nicht unpolitische junge Generation haben. Aber sie fühlt sich insgesamt wohl, sie hat sich auch mit den demokratischen Strukturen eingerichtet. Man kann zwar kritisieren, dass sie diese nicht aktiv unterstützen mag, wie soeben besprochen, aber sie lebt mit ihnen, sie findet sie richtig und sie sieht keinen Grund zu einer politischen Auflehnung. Das muss man einfach so hinnehmen. Dies ist ja auch ein Kompliment an das politische Leben in der Bundesrepublik.

D&E: Welche Rolle spielen denn die Elternhäuser bei der Herausbildung des politischen Interesses, aber auch bei der politischen Urteilsbildung Jugendlicher? Ist nicht die Gefahr gegeben, dass z. B. sogenannte bildungsferne Gruppen oder Gruppen mit Migrationshintergrund bei solchen Partizipationsansätzen kaum oder nur am Rande angesprochen werden?

Hurrelmann: Ja, das ist der Fall. Der Bildungsgrad der Eltern und auch der Bildungsgrad der Jugendlichen selbst entscheidet ganz stark darüber, ob man sich und wie stark man sich für Politik interessiert. Je höher der Bildungsgrad, desto höher das Interesse, sich stärker politisch zu beteiligen. Da ist ein ganz deutlicher Zusammenhang zu verzeichnen. Und das zeigt uns eben auch, dass heute die politische Beteiligung an bestimmte Kompetenzen gebunden ist. Das ist in einem komplexer gewordenen politischen System mit komplizierten Themen, internationalen Verflechtungen, in dem man merkt, dass auch manche Spitzenpolitiker die Übersicht nicht behalten können, auch nicht verwunderlich. Und dies ist natürlich auch bei jungen Leuten der Fall. Das könnte mit ein Grund dafür sein, dass zurückhaltend gegenüber der organisierten Politik agiert wird. Wir müssen das, glaube ich, sehr ernst nehmen.

Das heißt dann aber auch im Umkehrschluss, je mehr wir in Bildung investieren, desto höher wird die Chance, dass wir politisch sensible und engagierte junge Leute haben werden.

»Es wäre ganz wichtig, dass in der Schule Themen aufgenommen werden, die die jungen Leute beschäftigen.«

D&E: Können Sie daraus Forderungen an schulische Bildung ableiten? Wie müsste Schule aussehen, damit z. B. die oben beschriebenen Differenzen aus den Elternhäusern ausgeglichen werden?

Hurrelmann: Es wäre ganz wichtig, dass in der Schule die Themen aufgenommen werden, die die jungen Leute beschäftigen. Ich halte es nicht für begründbar, dass heute, in Zeiten nicht nur einer Berufskrise, die, wie es aussieht, ja langsam in Deutschland abklingt, sondern auch in Zeiten einer weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die immer noch nicht bewältigt ist, dass diese the-

matischen Felder in der Schule eine untergeordnete, wenn nicht manchmal sogar gar keine Rolle spielen. Es ist unverständlich, dass ein Fach Wirtschaft, wie auch immer zugeschnitten, nur an wenigen Schulen angeboten wird. Im Fach Politik, im Fach Sozial- oder Gemeinschaftskunde, wird häufig diese Thematik zwar hin und da, aber selten systematisch bearbeitet.

D&E: Die 16 Bundesländer in der Bundesrepublik setzen mit der politischen und ökonomischen Bildung oft recht unterschiedlich ein. Was würden Sie denn den Bildungsplanreformern raten? An wann sollte die politische Bildung beginnen?

Hurrelmann: Es ist auf alle Fälle nicht klug, spät zu beginnen. Denn, auch das zeigen Kinder- und Jugendstudien, das politische Interesse in einer intuitiven und auf das soziale Umfeld bezogenen Weise – nicht gleich als Parteipolitik – das beginnt sehr früh, es beginnt bereits im Grundschulalter. Und entsprechend sollte schon in der Grundschule – und dann aber sofort auf den weiterführenden Schulen in einer systematischen pädagogischen Art und Weise politischer Unterricht in den Schulen charakteristisch sein. Es sollte aber nicht nur der politische Unterricht wichtig sein, der die Themen aufnimmt, die die jungen Leute interessiert, wie z. B. das Umweltthema, die internationalen Spannungen, Medien spielen eine wichtige Rolle. Es ist das gesamte Unterrichtsgeschehen, es ist das gesamte Schulleben, das von den Schülerinnen und Schülern als gestaltbar, beeinflussbar, aber auch in ihrer Verantwortung liegend wahrgenommen werden muss.

Hier haben inzwischen viele Schulen tolle Ansätze gemacht. Das sollten wir verbreitern, damit die Schule selbst quasi als ein Feld für die Alltagsgestaltung erlebt wird, um den Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit zu bieten, gezielt mit sozialer Verantwortung, Teilhabe an den sozialen Regeln, an den Umgangsformen, an den Stilen, dann aber auch an der Unterrichtsorganisation und an bestimmten Unterrichtsabfolgen und dergleichen mitzuwirken.

D&E: Wenn wir die Situation der politischen Bildung in Deutschland mit der Situation in anderen europäischen oder außereuropäischen Ländern vergleichen, wo steht Deutschland in diesem Bereich?

Hurrelmann: Insgesamt recht gut. Also wir können uns im internationalen Vergleich sehen lassen. Wenn die oben angesprochenen Punkte systematischer in den politischen, aber, wie gesagt, auch in den gesamten Unterricht und das Schulleben einbezogen werden, dann würden wir noch besser dastehen. Es gibt inzwischen, etwa nach dem Pisa-Modell, auch international vergleichende Studien, die versuchen herauszuarbeiten, wie in Europa oder den hoch entwickelten Ländern die politischen Kompetenzen und Fähigkeiten der jungen Leute beschaffen sind. Und da sieht man, Deutschland steht nicht schlecht da, wir müssten aber als ein ökonomisch so hoch entwickeltes Land da noch ein paar Stufen klettern können.

D&E: Zurück zu unserer Ausgangsfrage. Welche Impulse erhoffen Sie sich aus der beabsichtigten Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre in diesem Prozess.

Hurrelmann: Abschließend könnte man sagen, eine Herabsetzung des Wahlalters kann dadurch begründet werden, dass man sieht, man kann im Alter von 16 Jahren heute einschätzen, was es bedeutet, eine Stimme abzugeben. Man hat in diesem Alter die intellektuelle, aber auch die soziale Urteilsfähigkeit. Das halte ich für das entscheidende Argument. Da bedeutet nicht etwa die allgemeine Reife, wie oft gesagt wird. Die wird ja auch bei anderen Menschen, die vielleicht psychische Probleme haben, nicht einge-



Abb. 5 »Juniorwahl.de«. Die bundesweite Initiative Juniorwahl ist eine Initiative des Kumulus e. V. – Der Kumulus e. V. ist ein gemeinnütziger und überparteilicher eingetragener Verein. Seit 1999 führt er in Zusammenarbeit mit zumeist Kultusministerien simulative Wahlen parallel zu offiziellen Wahlen an Schulen für Schülerinnen und Schüler unter 18 Jahren durch. Bei der Bundestagswahl 2009 beteiligten sich insgesamt 1.043 Schulen und 246.616 Schülerinnen und Schüler, womit die Juniorwahl zu den größten Schulprojekten in Deutschland zählt. Im Jahr 2013 parallel zur Bundestagswahl sollen es bundesweit 5.000 Schulen und damit 25 Prozent aller weiterführenden Schulen in Deutschland werden. © www.juniorwahl.de

fordert. In einer Demokratie entscheidet das Volk. Und jede Gruppe der Bevölkerung, die wir ausgrenzen, gehört dann nicht dazu. Dies muss sehr sorgfältig begründet und immer wieder neu überprüft werden. Und das spricht eben dafür, dass wir überprüfen, wenn sich junge Leute verändern in ihrem Verhalten und in ihrer ganzen Entwicklung, wie es nun mit dem Mindestwahlalter ist.

Literaturhinweise

Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2012, 11. Auflage): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Beltz Juventa. Weinheim, München

Shell Deutschland Holding (Hrsg.)(2010): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Konzeption & Koordination: Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus, u. a. Fischer Taschenbuch Verlag. Frankfurt/Main.

Für 2016 plant die IEA (International Association for the Assessment of Educational Achievement) eine internationale Studie zu politischen Einstellungen und Kompetenzen bei Jugendlichen (ICCS 2016). Erste Informationen dazu unter: www.iea.nl/fileadmin/user_upload/Studies/ICCS_2016_Brochure.pdf